



Claudia Dörr-Voß

Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Schamhorststraße 34-37, 10115 Berlin

POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 (0)3018 615-68-70

FAX +49 (0)3018 615-51 44

E-MAIL Buero-st-d-v@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 25. Mai 2018

Herrn
Manfred Todtenhausen
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Schriftliche Frage an die Bundesregierung im Monat Mai 2018 Frage Nr. 195

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

seitens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

Frage:

Was will die Bundesregierung kurzfristig und konkret unternehmen, um – gerade für kleine und mittlere Handwerksbetriebe – eine im Zuge der Umsetzung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) zum Stichtag 25. Mai 2018 unmittelbar drohende und ggf. existenzgefährdende Abmahnwelle abzuwenden? Was folgt für die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aus den medial transportierten jüngsten Äußerungen (s. <https://www.berliner-zeitung.de/politik/dsgvo-merkel-will-datenschutzverordnung-in-letzter-sekunde-lockern-30148926>) der Bundeskanzlerin, dass manches an der DSGVO eine Überforderung darstelle und die Bundeskanzlerin mit dem Bundesinnenminister reden wolle, um ggf. die Umsetzungsregeln überprüfen zu lassen?

Antwort:

Die Bundesregierung steht seit Monaten mit Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Kammern zu Fragen der Umsetzung der DSGVO in engem Austausch. Seit Oktober 2017 führt das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat kontinuierliche Round-Table-Gespräche zur Umsetzung der DSGVO mit Vertretern der Wirtschaft und der Datenschutzaufsichtsbehörden. Zudem hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie im Rahmen einer gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Han-

delskammertag organisierten „Road Show“ zur DSGVO von Februar bis Mai 2018 deutschlandweit über 30 Informationsveranstaltungen zur DSGVO vor Ort begleitet. Im Rahmen dieser Gesprächs- und Veranstaltungsformate wurde in den vergangenen Wochen verstärkt auch die Problematik möglicher Abmahnungen diskutiert.

Die Bundesregierung nimmt die von Seiten der Unternehmen geäußerten Befürchtungen ernst. Im Koalitionsvertrag ist vereinbart, dass ein „Missbrauch des bewährten Abmahnrechts verhindert“ werden soll (S. 124). Gegenwärtig prüft die Bundesregierung Maßnahmen in diesem Bereich.

Mit freundlichen Grüßen

Handwritten signature in black ink, appearing to read 'Daniela Jörz-Loß'.